

## EIN JAHR NACH DER KRIM-ANNEXION

*Claudia Crawford*



Claudia Crawford ist Leiterin des Auslandsbüros Moskau der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Sonnenuntergang, eine ins Abendlicht getauchte Kirche auf der Krim, Hubschrauber in der Dämmerung vor einer orangen Sonne und ein Präsident Putin, der nicht ohne Stolz über den Hergang einer geheimen Operation zur Rettung des ukrainischen Präsidenten in der Nacht vom 22. auf den 23. Februar letzten Jahres berichtet – so beginnt ein Dokumentarfilm, der am Abend des 15. März 2015 im Sender *Rossija 1* ausgestrahlt wurde.<sup>1</sup> In knapp zweieinhalb Stunden werden die Ereignisse in Kiew und auf der Krim von Februar und März letzten Jahres nachgezeichnet, wie sie sich aus russischer Sicht zugetragen haben. Vor allem, wie sie sich aus Sicht des russischen Präsidenten darstellten. Dieser erklärt persönlich in dem Film, welche Schritte er wann und warum unternommen habe, wobei er nicht vergisst die Bedeutung der Krim für Russland zu betonen. Zum Ende der Nachtsitzung, in den Morgenstunden des 23. Februar 2014, habe er, so Putin, gesagt: „Wir sind gezwungen, mit der Arbeit zu beginnen, um die Krim in den russischen Staat zurückzuholen.“<sup>2</sup>

Glaubt man Leonid Gratsch, Kommunist, Ex-Militär und früherer Parlamentspräsident der Halbinsel Krim, begann diese Arbeit allerdings schon etwas früher. In einem Gespräch mit der *Zeit* berichtet er, dass drei russische Generäle bereits am Nachmittag des 20. Februar 2014 mit ihm über den Weg zu einer russisch kontrollierten Krim sprachen.<sup>3</sup> Und von Igor Girkin, genannt Igor

- 1 | Andrei Kondrashov, „Крым. Путь на Родину“ (Krim. Der Weg in die Heimat) *Россия-1*, [http://russia.tv/brand/show/brand\\_id/59195](http://russia.tv/brand/show/brand_id/59195) [09.06.2015], deutsch untertitelt abrufbar unter: <http://de.sputniknews.com/videos/20150327/301671848.html> [26.06.2015].
- 2 | Christian Weisflog, „Sie hätten ihn einfach liquidiert“, *Neue Zürcher Zeitung*, 09.03.2015, <http://nzz.ch/international/1.18498365> [01.06.2015].
- 3 | Herwig G. Höller, „Wann die Krim-Annexion wirklich begann“, *Zeit Online*, 16.03.2015, <http://zeit.de/politik/ausland/2015-03/krim-annexion-leonid-gratsch-putin> [01.06.2015].

Strelko, der später in Slovjansk als Anführer des Militär- und Sicherheitsbereiches der selbstproklamierten „Republik Donezk“ fungierte, kann man aus einem Streitgespräch erfahren, wie die Wahl des neuen Ministerpräsidenten der Krim am 27. Februar 2014 und die Festsetzung des Referendums für den 16. März 2014 mittels großem Druck auf die damaligen Abgeordneten „organisiert“ wurde.<sup>4</sup> Putin selbst gibt in dem Dokumentarfilm vom 15. März zu, dass natürlich russische Soldaten, die so genannten „grünen Männchen“ oder auch „höflichen Menschen“, die Durchführung des Referendums auf der Krim abgesichert hätten – anders als vor einem Jahr, als er die Beteiligung russischen Militärs leugnete und lakonisch meinte, Uniformen könne man sich an jeder Ecke kaufen.

All diese „Geständnisse“ passen nicht in Moskaus Rhetorik, dass sich die Krim-Bewohner von den Ereignissen in Kiew bedroht fühlten und sie deshalb den Schutz durch Russland suchten. Vielmehr wird ein aktives Vorgehen Russlands deutlich, von dem nur nicht bekannt ist, wann es wirklich geplant wurde. Ein Vorgehen, das von der russischen Bevölkerung mit großer Mehrheit honoriert wird. Zur Festveranstaltung anlässlich des Jahrestages der „Eingliederung der Krim und Sewastopols nach Russland“ erschienen laut Polizeiangaben über 100.000 Menschen auf dem Roten Platz. Man mag zweifeln, ob sie alle freiwillig dort waren, aber immerhin haben laut Aussage von *Rossija 1* über 40 Prozent aller Fernsehzuschauer über 18 Jahre an dem Abend des 15. März den Dokumentarfilm über die Krim geschaut. Dazu konnte man sie kaum verpflichten. Die Unterstützung der Bevölkerung spiegelt sich vor allem in der hohen Zustimmungsrate für die Politik Wladimir Putins wider, die seit einem Jahr bei weit über 80 Prozent liegt – beginnend mit der Annexion der Krim.<sup>5</sup>

## **STIMMUNGSWANDEL GEGENÜBER DEM WESTEN**

Insgesamt hat sich die Stimmung in Russland in diesem zurückliegenden Jahr spürbar verändert. Vor allem die Einstellung zum Westen ist negativer geworden.

- 4 | Christian Weisflog, „Wir haben sie zur Abstimmung getrieben“, *Neue Zürcher Zeitung*, 27.01.2015, <http://nzz.ch/international/1.18469931> [01.06.2015]; Streitgespräch: „Гиркин Мы насильно сгоняли депутатов Крыма голосовать за отделение от Украины“ (Girkin – Wir haben die Abgeordneten der Krim zur Abstimmung für die Abspaltung von der Ukraine getrieben), <https://youtu.be/cyLD2Hl9G0g> [09.06.2015].
- 5 | Pressemitteilung vom 25.03.2015, <http://www.levada.ru/25-03-2015/martovskie-reitingi-odobreniya-i-doveriya> [29.06.2015]. Zweite Grafik und Tabelle von oben. Fragestellung: Sind Sie grundsätzlich mit der Arbeit des Präsidenten Putin einverstanden oder nicht?

In einer Umfrage des unabhängigen Levada-Zentrums zu den Beziehungen Russlands zur EU gaben die Befragten im Januar 2014 noch zu 51 Prozent an, dass diese sehr gut (ein Prozent) / im Prinzip gut (50 Prozent) seien; nur 34 Prozent der Befragten meinten, sie seien sehr schlecht (vier Prozent) / im Prinzip schlecht (30 Prozent). Im Januar diesen Jahres waren es hingegen nur noch 20 Prozent, die die Beziehungen zwischen Russland und der EU als sehr gut (zwei Prozent) / im Prinzip gut (18 Prozent) bewerteten; 71 Prozent hingegen waren der Meinung, sie seien sehr schlecht (28 Prozent) / im Prinzip schlecht (43 Prozent).<sup>6</sup> Es ist naheliegend, dass die massive Kampagne in den russischen Medien, vor allem im Fernsehen, wesentlich zu diesem Meinungsumschwung beigetragen hat. Die Propaganda trifft auf eine Gesellschaft, die wenig eigene internationale Erfahrungen besitzt. Nach Aussage des Meinungsforschers Lew Gudkow haben nur 18 Prozent der Russen einen Reisepass.<sup>7</sup> Vor diesem Hintergrund war es vielleicht ein Fehler, die Visapflicht für Russen im Schengen-Raum aufrechtzuerhalten.



In Russland herrscht ein Klima der Angst. Die Ermordung des russischen Oppositionspolitikers Boris Nemzow im Februar 2015 veranschaulicht, dass Regime-Kritiker sich hier ihres Lebens nicht mehr sicher sein können. |  
Quelle: © Sharifulin Valery, picture alliance / TASS.

- 6 | Pressemitteilung vom 09.02.2015, <http://www.levada.ru/09-02-2015/mezhdunarodnye-otnosheniya> [29.06.2015]. Zweite Grafik und Tabelle von oben. Darüber die Fragestellung bezogen auf die Beziehungen zu den USA.
- 7 | Florian Willershausen, „Vielen Russen fehlt es an kritischem Denken“, *Wirtschaftswoche*, 09.09.2014, <http://wiwo.de/politik/ausland/10657292.html> [04.06.2015].

Die Krim-Annexion wird nicht nur dazu genutzt, um patriotische Gefühle zu wecken. Diejenigen, die sich kritisch äußern und nicht im nationalen Mainstream mitschwimmen, werden verdächtigt und abgekanzelt. Bereits vor einem Jahr bezeichnete Putin die Teilnehmer einer Demonstration gegen die Krim-Annexion als Verräter. Unter Druck geraten auch NGOs, die mit westlichen Partnern zusammenarbeiten oder finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten. Die Bestimmungen zur Registrierung als „ausländischer Agent“, die sich an den Kriterien „politische Aktivitäten“ und „Finanzierung aus dem Ausland“ orientieren, sind so unbestimmt, dass unbequeme NGOs leicht mit diesem Label zu versehen sind.

Das Ergebnis ist eine politische Atmosphäre der Angst. Man spürt sie bei Gesprächen mit Vertretern von NGOs, und sie wird offenbar bei Kooperationen, wenn es um die Frage von Verträgen oder Stellungnahmen geht. Selbst bei universitären Institutionen ist die Verunsicherung gegenwärtig, in den Regionen noch mehr als in Moskau. Die Ermordung des Oppositionspolitikers Boris Nemzow führte vor Augen, dass diese Angst nicht unbegründet ist. Wohin entwickelt sich ein Land, in dem sich politische Oppositionelle ihres Lebens nicht mehr sicher sein können? Der Fall Nemzow ist noch nicht aufgeklärt. Manch einer zweifelt, ob er je aufgeklärt werden wird. Inzwischen wurden gegen fünf Verdächtige Verfahren eingeleitet, vier von ihnen aus Tschetschenien, einer aus der Nachbarrepublik Inguschetien. Der Vorwurf lautet Mord gegen Bezahlung; Auftraggeber und Motiv bleiben jedoch im Dunklen. Es wird spekuliert, dass der Mord die Rache für Nemzows Unterstützung für das französische Satire-Magazin *Charlie Hebdo* ist. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, dass eine Form von Nationalismus dahinter steht. Dieser erfreut sich in Russland wachsenden Zulaufs; es ist kein Problem, sich öffentlich als Nationalist zu bekennen. Ausgerechnet in Sankt Petersburg versammelten sich am 22. März diesen Jahres die Nationalisten Europas, wie Vertreter der NPD, der British National Party und der griechischen Partei Goldene Morgenröte.<sup>8</sup> Sie folgten einer Einladung der Partei Rodina, der unter anderem der stellvertretende Ministerpräsident

**Nur Eingeweihte können verstehen, wie solch eine Nähe zu Nationalisten mit dem Kampf gegen die angeblichen „Rechten und Faschisten“ in Kiew in Einklang zu bringen ist.**

8 | Friedrich Schmidt, „Böse Nazis, gute Nazis“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.03.2015, <http://faz.net/-hox-81a2o> [04.06.2015]; Steffen Dobbert, „Obama, auch so ein Nazi“, *Zeit Online*, 23.03.2015, <http://zeit.de/politik/ausland/2015-03/rusland-nazis-eu-rechte-konferenz-faschismus-europa-usa/komplettansicht> [04.06.2015].

Dmitri Rogosin<sup>9</sup> nahe steht. Eine kleine Schar versammelte sich zum Protest, einige wurden gleich von der Polizei in Gewahrsam genommen.<sup>10</sup> Nur Eingeweihte können verstehen, wie solch eine Nähe zu den Nationalisten mit dem Kampf gegen die angeblichen „Rechten und Faschisten“ in Kiew in Einklang zu bringen ist.

### **WIRTSCHAFT IN SCHWIERIGEM FAHRWASSER**

Das nationale Stimmungshoch korreliert dabei nicht mit der wirtschaftlichen Situation des Landes, die im Augenblick denkbar schlecht ist. Die Sanktionen des Westens treffen die Wirtschaft – besonders die beschränkten Zugänge zum westlichen Finanzmarkt stellen die Unternehmen vor Probleme. Die Gegensanktionen Russlands finden ihren Niederschlag in deutlich höheren Preisen vor allem bei den Lebensmitteln. Der zudem niedrige Ölpreis senkt die Einnahmen des Staates, die Kosten für die Stützung der Banken und großen Unternehmen belasten den Staatshaushalt. Die hohe Kapitalflucht, die schon 2013 deutlich zu sehen war, belegt das Misstrauen der russischen Bevölkerung in die derzeitige wirtschaftliche Situation, die der Rubelverfall Ende letzten Jahres augenscheinlich machte.

Es mag an der Leidensfähigkeit der russischen Bevölkerung liegen, dass man in Krisenzeiten zusammenrückt, vielleicht auch an der Überzeugung, dass der Westen mit Russland nichts Gutes im Sinn hat und man daher gemeinsam schwierige Phasen durchstehen muss, vielleicht an der gezielten Propaganda, vielleicht ist es aber auch eine Mischung von all dem. Im Augenblick weist jedenfalls nichts darauf hin, dass die Bevölkerung gegen die Politik des Kremls aufbegehrt. Passend dazu belegen Umfragen, dass die Motivation der Russen, gegen Missstände zu demonstrieren, sehr niedrig ist: Lediglich zwölf Prozent der Bevölkerung sind aufgrund wirtschaftlicher und nur zehn Prozent aufgrund politischer Unzufriedenheit zu Demonstrationen bereit.<sup>11</sup>

Es darf in diesem Zusammenhang nicht außer Acht gelassen werden, dass die russische Bevölkerung schon viel erdulden musste. Die letzten Belastungen liegen gerade 15 Jahre zurück: Während die Regierungszeit Boris Jelzins im Westen eher positiv gewertet

9 | Dmitri Rogosin war von 2003 bis 2006 Vorsitzender der Partei Rodina.

10 | „Russland heißt Europas Rechtsextreme willkommen“, *Zeit Online*, 22.03.2015, <http://zeit.de/politik/ausland/2015-03/russland-rechtsparteien-npd-udo-voigt> [04.06.2015].

11 | Pressemitteilung vom 27.02.2015, <http://www.levada.ru/27-02-2015/protest-vozmozhnosti-i-gotovnost-uchastvovat> [29.06.2015].

wird, stellte sie für die russische Gesellschaft und Wirtschaft eine Radikalkur mit nur schwer zu verkraftenden Nebenwirkungen dar. Für die meisten Menschen in Russland gingen die 1990er Jahre mit einem massiven Einbruch ihres Lebensstandards und existenzieller Verunsicherung einher. Sie werden daher als Chaos-Jahre beschrieben. Nur einige wenige haben es verstanden, den Privatisierungsprozess so zu nutzen, dass sie innerhalb kurzer Zeit reich wurden. Es kam zur Bildung von Monopolen, und mit ihnen kamen die Oligarchen.



Die sozialpolitischen Initiativen Putins nach den „Chaos-Jahren“ unter Jelzin gingen zulasten einer dringend erforderlichen Modernisierung der russischen Wirtschaft. | Quelle: carlfbagge, flickr ©©©©.

Nur so ist zu verstehen, wie Wladimir Putin sich als Präsident in relativ kurzer Zeit Ansehen verschaffen konnte. Er schien Ordnung in das Land zurückzubringen, die Gehälter stiegen langsam und die Renten wurden pünktlich bezahlt. Im Bewusstsein der Menschen spielt dabei kaum eine Rolle, dass Putin dank der Ölpreisentwicklung ganz andere wirtschaftliche Voraussetzungen hatte als sein Vorgänger Boris Jelzin. Während der Ölpreis in den 1990er Jahren selten über 20 US-Dollar pro Barrel kam, stieg er in den Jahren 2001 bis 2008 kontinuierlich bis auf 90 US-Dollar.<sup>12</sup> Damit hatte der russische Staatshaushalt, der vor allem von

12 | Tecson, „Entwicklung der Ölpreise. Ölpreisentwicklung auf dem Weltmarkt im Rückblick“, <http://tecson.de/historische-oelpreise.html> [04.06.2015].

den Einnahmen aus dem Verkauf von Ressourcen wie Öl und Gas lebt, ganz neue Möglichkeiten. Putin nutzte sie, um soziale Notlagen zu vermindern und staatliche Reserve-Fonds aufzubauen. Gleichzeitig wurde jedoch versäumt, die Wirtschaft zu modernisieren und zu diversifizieren und sie dadurch auf eine breitere Grundlage zu stellen. Dafür ist sie nun umso anfälliger.

Die zunehmende Machtkonzentration im Kreml, die ebenfalls mit Putin Einzug hielt, wird von vielen nicht als problematisch angesehen. So kann man aus Umfragen nicht den Eindruck gewinnen, dass eine Mehrheit der Russen einen Mangel an Demokratie beklagt. Im Gegenteil: Im März 2014 zeigten sich 38 Prozent der Befragten einer Umfrage des Levada-Zentrums überzeugt, dass sich ihr Land in Richtung Demokratie entwickelt. Nur etwa 15 Prozent (und das ziemlich stabil seit 2007) sehen ihr Land immer autoritärer werden.<sup>13</sup>

**Derzeit überwiegt das Empfinden, Putin schütze Russland vor einer äußeren Bedrohung. Die innenpolitische Situation könnte dazu verleiten, die angebliche Bedrohung aufrechtzuerhalten.**

Natürlich können sich Stimmungen spontan ändern und man weiß nicht, wie sich das Meinungsbild nach einem Jahr unter schlechten wirtschaftlichen Bedingungen verändern wird. Derzeit überwiegt jedenfalls das Emp-

finden, Putin schütze Russland vor einer äußeren Bedrohung. Sollte sich die Spannung im Zusammenhang mit der Ukraine lösen, könnte sich die Aufmerksamkeit der Bevölkerung wieder mehr auf die innenpolitische und somit auf die wirtschaftliche Situation richten, wodurch die Unzufriedenheit steigen könnte. Diese Annahme könnte allerdings auch dazu verleiten, die angebliche äußere Bedrohung aufrechtzuerhalten. Die Tageszeitung *Vedomosti* schrieb sinngemäß am 16. März 2015 über den besagten Dokumentarfilm: „Putins farewell an den Westen“.<sup>14</sup> Wer so offen zugibt, gelogen zu haben, dem scheint die Meinung des Westens gleichgültig geworden zu sein. Denn auch die heutigen Aussagen, dass in der Ostukraine keine regulären russischen Truppen beteiligt seien, verlieren – abgesehen davon, dass auch weitere Indizien für deren Existenz sprechen – nach diesem Film an Glaubwürdigkeit. Das scheint billigend in Kauf genommen worden zu sein. Die Abkehr vom Westen begann jedoch bereits

13 | Pressemitteilung vom 17.03.2014, <http://www.levada.ru/17-03-2014/pozitsii-rossii-na-mirovoi-arene> [29.06.2015].

14 | Andrei Sinitsyn, „Владимир Путин обозначил новый этап и уровень самоизоляции России“, (Wladimir Putin skizziert eine neue Phase und Ebene der Selbstisolierung von Russland), *Vedomosti*, 16.03.2015, <http://www.vedomosti.ru/newspaper/articles/2015/03/16/ot-redaktsii-putin-idet-na-rodinu> [29.06.2015].

wesentlich früher. Es war ein schleichender Prozess – nur dessen Anfang kann schwierig bestimmt werden.

## **RUSSLANDS ABKEHR VOM WESTEN**

Man kann Russlands Engagement in den BRICS, einem Zusammenschluss von Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, durchaus als einen Schritt sehen, sich offen gegen die gefühlte Dominanz des Westens zu stellen. Es mutet schließlich erstaunlich an, dass Russland diesen Schulterschluss sucht, obwohl es sich damit als eine ehemalige Supermacht mit Ländern, die in Teilen noch mit Problemen von Entwicklungsländern zu kämpfen haben, auf eine Stufe stellt. In diesem Jahr wird Russland den Vorsitz übernehmen.<sup>15</sup> Der Schwerpunkt soll die Umsetzung der Beschlüsse zu einer eigenen Entwicklungsbank sein – als ein Gegengewicht zum IWF und der Weltbank. Gemeinsames Ziel der BRICS ist es zudem, die Vormachtstellung des Dollars zu bekämpfen.

Sichtbarster Ausdruck des Ziels, größeres außenpolitisches Gewicht zu bekommen, ist das Projekt der Eurasischen Wirtschaftsunion, die am 1. Januar 2015 in Kraft trat. Gründungsmitglieder sind Belarus, Kasachstan und Russland. Inzwischen ist Armenien als viertes Mitgliedsland hinzugekommen. Der Aufbau der Strukturen für diese Union hat bereits sehr konkrete Formen angenommen. Sowohl der Rat der Eurasischen Wirtschaftskommission als auch deren Kollegium, beide in gewisser Weise in Anlehnung an die Strukturen der EU, haben ihre Arbeit bereits aufgenommen, ebenso das Gericht der Eurasischen Wirtschaftsunion. Die bisherigen Schritte zur Verwirklichung des gemeinsamen Wirtschaftsraumes sind sehr pragmatisch. Sie dienen der Harmonisierung von Standards, Normen, Regelwerken und Steuern. Das ist vor allem deshalb wichtig zu betonen, weil dieses Integrationsprojekt eigentlich ein politisches ist. Vom ökonomischen Standpunkt aus erscheint es nämlich nicht unbedingt zwingend, dass Russland dieses Projekt vorantreibt. Schaut man sich das Handelsvolumen zwischen den derzeitigen Mitgliedstaaten vor allem vor der Vereinbarung zur Zollunion an, so machte es nur einen geringen Teil

**Das Integrationsprojekt der Eurasischen Wirtschaftsunion ist eigentlich ein politisches – aus ökonomischer Sicht scheint es nicht zwingend, dass Russland es vorantreibt.**

15 | „Meeting of BRICS heads of state and government“, Kreml, 15.11.2014, <http://en.kremlin.ru/events/president/news/47017> [15.06.2015]; BRICS, „Official Website of Russia’s Presidency in BRICS“, <http://en.brics2015.ru> [04.06.2015].

ihres jeweiligen Gesamthandelsvolumens aus. Zudem ergänzen sich die Volkswirtschaften nicht, sondern befinden sich eher in einer Konkurrenzsituation. Der russische Präsident Wladimir Putin selbst machte deutlich, dass seine Motivation für das Integrationsprojekt vor allem geopolitischer Natur ist. So schrieb er am 3. Oktober 2011 in der Zeitung *Izvestia*, in der er seine Idee der Eurasischen Union öffentlich vorstellte: „Wir schlagen ein Modell einer mächtigen übernationalen Vereinigung vor, die in der Lage ist, einer der Pole der modernen Welt zu werden und die Rolle einer effektiven Verbindung zwischen Europa und der dynamischen Asien-Pazifik-Region zu spielen.“<sup>16</sup> Damit drückt Putin aus, dass er sich durch dieses Projekt ein größeres Verhandlungsgewicht verspricht und hofft, ein Pol einer multipolaren Welt zu werden.



Durch die Kooperation mit den BRICS-Staaten und die Gründung der Eurasischen Wirtschaftsunion verfolgt Russland das Ziel, sein außenpolitisches Gewicht zu stärken und der Politik des Westens etwas entgegenzusetzen. | Quelle: Roberto Stuckert Filho, GCIS ZA, flickr ©©©.

Russland spürte den Verlust des Weltmachtstatus sehr schmerzlich. Nicht zuletzt, weil die westlichen Partner den Interessen und Wünschen Russlands gegenüber aus seiner Sicht ignorant waren: Russland erhielt keine Einladung in die östliche Partnerschaft.

16 | „Мы предлагаем модель мощного наднационального объединения, способного стать одним из полюсов современного мира и при этом играть роль эффективной ‚связки‘ между Европой и динамичным Азиатско-Тихоокеанским регионом.“ Zit. nach Wladimir Putin, „Новый интеграционный проект для Евразии – будущее, которое рождается сегодня“ (Ein neues Integrationsprojekt für Eurasien – eine Zukunft, die heute geboren wird), *Izvestia*, 03.10.2011, <http://izvestia.ru/news/502761#ixzz2mUZwYQ4h> [29.06.2015].

Die NATO-Russland-Grundakte führte nicht zu einem generellen Vertrauen zwischen NATO und Russland – Russland konnte den zur Beendigung der massenhaften Vertreibung und Ermordung der Kosovo-Albaner dienenden Einsatz der NATO 1999 gegen das Milošević-Regime im früheren Jugoslawien nicht verhindern. Auch entwickelte sich keine reelle Integrationsperspektive in die westlichen Strukturen – sei es aus fehlendem Handlungsvermögen oder aus fortwährendem Misstrauen aus Zeiten des Kalten Krieges. Bei den Verhandlungen der Ukraine mit der EU zum Assoziierungsabkommen sind Russlands Interessen aus seiner Sicht nicht berücksichtigt worden. Als verletzend wurde auch die Haltung des Westens hinsichtlich der Olympischen Winterspiele in Sotschi empfunden: ständig hagelte es Kritik, Verständnis für die inneren Entwicklungen Russlands seitens des Westens empfing Russland hingegen nicht. Der ehemalige sowjetische Präsident Gorbatschow hat die Gefühlslage bei seinem Besuch am 9. November 2014 anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Falls der Berliner Mauer so ausgedrückt: „Der Westen hat Russland die letzten 25 Jahre wie einen Verlierer behandelt.“ Seine Vision vom „gemeinsamen Haus Europa“, die er mit dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl teilte, fand zu wenige enthusiastische Unterstützer.

### **NATIONALE SICHERHEITSINTERESSEN – VERSÄUMNISSE DES WESTENS?**

Vor allem die Erweiterung der NATO und der EU nach Osten wurde von Russland kritisch gesehen. Dabei bedeutet eine EU-Annäherung aus russischer Sicht immer auch eine NATO-Annäherung. In der Vergangenheit erfolgte die NATO-Mitgliedschaft häufig vor einer EU-Mitgliedschaft. Es wird von russischer Seite zwar eingestanden, dass es keinerlei schriftliche Vereinbarung gab, die eine Osterweiterung der NATO ausschloss. Aber so hatte man die Absprachen aus den 1990er Jahren verstanden. Russland sendete mehrmals Signale, dass es seine Sicherheitsinteressen vom Westen ignoriert sieht. Erinnert sei an die Rede Putins auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 oder an den Vorschlag Medwedews, Gespräche über eine europäische Sicherheitsarchitektur zu führen. Doch darauf, so kann man immer wieder von russischen Sicherheitsexperten hören, ging der Westen nie ein. Niemand wurde gezwungen, Mitglied von NATO und EU zu werden, sondern dies war ausdrücklicher Wunsch dieser Länder. Es ist zudem vereinbartes Recht, dass die Länder Europas souverän sind und sich ihre Allianzen selbst

**Russland ließ erkennen, dass es seine Sicherheitsinteressen vom Westen ignoriert sieht. Die Osterweiterung der EU hat den geografischen Puffer zur NATO verringert.**

wählen dürfen. Russland hat diese Entwicklung jedoch als gegen sich gerichtet empfunden, der geografische Puffer zur NATO wurde immer geringer.



Kritik des Westens an Russlands Vorgehen in der Ukraine weist Putin mit dem Verweis auf „Doppelstandards“ des Westens und dessen Interventionen im Irak und in Libyen zurück. | Quelle: Roel Wijnants, flickr @@.

Mit den Verhandlungen zu einem Assoziierungsabkommen sollte die Ukraine näher an die EU herangeführt werden. Damit wäre das Land, das aus Sicht Russlands unabdingbar für den Erfolg der Eurasischen Wirtschaftsunion war, aber nicht nur für dieses Integrationsprojekt verloren gewesen. Man musste auch davon ausgehen, dass das Thema NATO-Mitgliedschaft der Ukraine wieder auf die Tagesordnung kommt. Eigentlich hätte die EU die darin liegende Brisanz erkennen müssen. Es stellt sich die Frage, ob dann nicht eine andere Verhandlungsführung nötig gewesen wäre, zumal die EU ihrerseits gar nicht bereit war, der Ukraine eine Beitrittsperspektive in Aussicht zu stellen.

Russland seinerseits intervenierte bei dem damaligen ukrainischen Präsidenten Janukowitsch – mit Erfolg. Allerdings rechnete keiner mit dem massiven Widerstand der ukrainischen Bevölkerung, der so weit führte, dass Janukowitsch die Flucht ergriff. Der Einfluss Moskaus auf Kiew schien zu schwinden, doch mit der Annexion der Krim hat Russland das Heft des Handelns wieder in seine Hand genommen. Es hat aus seiner Sicht in legitimer Weise seine Sicherheitsinteressen durchgesetzt. Vorwürfe des Westens, dass

damit das Völkerrecht in eklatanter Weise gebrochen wurde, werden mit dem Hinweis abgetan, der Westen habe Doppelstandards, man schaue sich nur die Ereignisse im Kosovo, Irak, Libyen und anderswo an. Manch einer verweist aber auch darauf, dass die Situation in Bezug auf die Krim historisch vielschichtiger ist. Die europäische Nachkriegsordnung entstand mit einer funktionsierenden Sowjetunion. Was derzeit zu beobachten ist, sind aber die Spätfolgen ihres Zerfalls, der vor 25 Jahren relativ glimpflich verlief.

Dass Putin für sein entschiedenes Vorgehen auf der Krim innerhalb der russischen Bevölkerung solch breite Unterstützung bekommt, lässt sich nicht nur damit erklären, dass viele Russen die Krim als etwas Ur-Russisches ansehen. Es ist vielmehr eine Art Genugtuung, es dem Westen endlich zu zeigen. Es ist das Gefühl, wieder auf der Weltbühne zu stehen und eine wichtige Rolle zu spielen. Russland kann wieder stolz sein. Umfragen weisen darauf hin, dass es für viele Russen wichtig ist, in einem großen Land zu leben, das von der Welt beachtet und geachtet wird. So stellt das Levada-Zentrum regelmäßig die Frage, in welchem Land man lieber leben möchte: in einem Land, das eine Großmacht ist, von der Welt verehrt und auch ein wenig gefürchtet wird oder in einem Land mit hohem Lebensstandard, auch wenn es nicht eines der mächtigsten Länder der Welt ist. Im März 2014 entschieden sich 48 Prozent der Befragten für die Großmacht, 47 Prozent votierten für den guten Lebensstandard.<sup>17</sup> Im März 2015 haben sich die Angaben ein wenig zugunsten des guten Lebensstandards verschoben.<sup>18</sup>

## **DIE ANGST VOR DER „COLOR REVOLUTION“**

Die von Putin und seinem engsten Kreis empfundene Bedrohung der Sicherheit hat noch einen anderen Namen: „color revolution“. Es ist die Angst vor einem alternativen Gesellschaftsmodell, welches mit dem Verlust ihrer Macht und höchstwahrscheinlich auch ihres Reichtums einherginge. Schon 2004 gab es in der Ukraine die Orange Revolution, vergessen sind aber auch nicht die anderen Protestbewegungen, wie die Rosenrevolution in Georgien und der Arabische Frühling. Präsident Putin wird nicht müde zu betonen, dass all diese Umbrüche vom Westen, vor allem den

17 | Pressemitteilung vom 17.03.2014, <http://www.levada.ru/17-03-2014/pozitsii-rossii-na-mirovoi-arene> [29.06.2015]. Dritte Tabelle von oben.

18 | Pressemitteilung vom 23.03.2015, <http://www.levada.ru/23-03-2015/pozitsii-rossii-na-mezhdunarodnoi-arene> [29.06.2015].

USA, initiiert und mit Hilfe der NGOs, der so genannten fünften Kolonne, in diesen Ländern ausgelöst wurden. Es ist zu vermuten, dass bei den Machthabern die Angst besteht, dass sich in Russland Ähnliches ereignen könnte. Nur allzu gut erinnert man sich in Moskau an die Massenproteste 2011/2012 nach der Wahlfälschung zur Duma-Wahl und der Machtrochade zwischen Dmitri Medwedew und Wladimir Putin im Präsidentenamt. Diese müssen für Putin so unerwartet gekommen sein, dass sie einen regelrechten Schock auslösten. Auch in diesem Fall sprach er davon, dass die Proteste vom westlichen Ausland gesteuert worden seien. Die Möglichkeit, in Russland könnte sich bereits eine Mittelschicht entwickelt haben, die bei stärker werdender Autokratie etwas zu verlieren hat, wird in öffentlichen Diskursen nicht thematisiert. Vielmehr werden Anstrengungen unternommen, eine Wiederholung solcher Ereignisse zu verhindern. Zu diesem Zweck wird nicht nur zunehmend Druck auf NGOs ausgeübt, auch die Regionen werden instruiert, wie man einer „color revolution“ vorbeugen kann, und in den Medien wird immer wieder betont, dass man diese um keinen Preis dulden werde.

### **KOSTEN-NUTZEN-RECHNUNGEN IM UKRAINE-KONFLIKT**

Der Ukraine-Konflikt macht deutlich, dass Russland in seiner Auseinandersetzung mit dem Westen eine eigene Kosten-Nutzen-Kalkulation hat, die sich nicht an ökonomischen Daten bemisst. Denn

**In beispielloser Weise macht Russlands Führung vor, was hybride Kriegsführung bedeutet, die unter anderem den Verlust des Vertrauens in die Berichterstattung zum Ziel hat.**

schon jetzt leidet die russische Wirtschaft erheblich unter den Sanktionen des Westens und vor allem unter dem Vertrauensverlust von Investoren. Aber noch scheint dies nur zu einem engeren Zusammenrücken und einer stärker werdenden Propaganda zu führen. In bisher beispielloser Weise macht Russlands Führung vor, was hybride Kriegsführung bedeutet, die unter anderem den Verlust des Vertrauens in jede Form von Berichterstattung zum Ziel hat. Den Erfolg der Bemühungen zur Wehr-Reform kann man heute beobachten: Sowohl die Zahl der Militärmanöver als auch die der Luftraumverletzungen Russlands gegenüber EU-Mitgliedsländern steigen.<sup>19</sup> Die Militärausgaben machen heute 4,2 Prozent

19 | „Mehr als 400 russische Militärmaschinen abgefangen“, *Neue Zürcher Zeitung*, 30.01.2015, <http://nzz.ch/international/europa/1.18472402> [04.06.2015]; Kai Küster, „Russlands Kampffjets kommen näher“, *tagesschau.de*, 30.01.2015, <http://tagesschau.de/nato-russland-luftraum-101.html> [04.06.2015].

des russischen Bruttoinlandsprodukts aus;<sup>20</sup> trotz der schlechter werdenden Wirtschaftsentwicklung will Russland an den ehrgeizigen Plänen zur Modernisierung der militärischen Ausrüstung festhalten.<sup>21</sup> Präsident Putin hat deutlich gemacht, dass dabei den Nuklearwaffen große Bedeutung beigemessen wird.



Trotz der schlechten Wirtschaftsentwicklung und Haushaltslage Russlands hält Putin an einer kostenintensiven Modernisierung des russischen Militärs fest. | Quelle: Dmitry Terekhov, flickr ©①②.

Die westlichen Partner haben eine andere Kosten-Nutzen-Rechnung. Für westliche Demokratien ist es entscheidend, den eigenen Bevölkerungen Wohlstand zu ermöglichen. Mehrausgaben für Verteidigung stoßen regelmäßig auf großen Widerstand. Vor dem Hintergrund der aktuellen ernsthaften Auseinandersetzungen mit Russland werden auf die Mitgliedsländer der Europäischen Union in diesem Zusammenhang unangenehme Entscheidungen zukommen. Auf ihrem letzten Gipfel in Wales<sup>22</sup> haben die NATO-Bündnispartner bereits wichtige Beschlüsse gefasst bzw. noch einmal untermauert – den Aufbau einer sehr schnellen Eingreiftruppe (Very High Readiness Joint Task Force, VJTF), eine stärkere

20 | „Russian Defense Budget to Hit Record \$81 Billion in 2015“, *The Moscow Times*, 16.10.2014, <http://themoscowtimes.com/business/article/509536.html> [04.06.2015].

21 | Vladimir Isachenkov, „Putin Spending Big On Military Modernization Despite Russia's Economic Woes“, *The World Post*, 02.04.2015, [http://huffingtonpost.com/2015/02/04/\\_n\\_6612418.html](http://huffingtonpost.com/2015/02/04/_n_6612418.html) [04.06.2015].

22 | NATO, „Wales Summit Declaration“, 05.09.2014, [http://nato.int/cps/ic/natohq/official\\_texts\\_112964.htm](http://nato.int/cps/ic/natohq/official_texts_112964.htm) [04.06.2015].

Präsenz in den östlichen EU-Mitgliedsländern, die Anhebung der nationalen Verteidigungshaushalte auf jeweils zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt. Die Umsetzung durch die nationalen Parlamente steht im letzten Punkt allerdings größtenteils noch aus. Die Entscheidung der EU, die Lockerung der Sanktionen gegen Russland an die Umsetzung des Minsker Abkommens<sup>23</sup> zu binden, ist in der jetzigen Situation richtig. Es ist zudem wichtig, dass im Juni die Abstimmungen entsprechend erfolgen.

### **GESCHLOSSENES HANDELN ALS KLARES SIGNAL DER EU**

Es ist unwahrscheinlich, dass die Sanktionen kurzfristig zu einer Änderung der Politik Russlands führen werden. Die westlichen Partner werden daher einen langen Atem haben und weiterhin geschlossen handeln müssen. Uneinigkeit innerhalb der EU wäre zu diesem Zeitpunkt fatal. Denn sollte es Moskau gelingen, die Einigkeit der EU zu untergraben, wäre die Glaubwürdigkeit des Westens massiv beschädigt.

In Russland gehen viele Beobachter von einem langen Konflikt aus. Die in Minsk vereinbarte Waffenruhe ist brüchig, Russlands Außenpolitik ist unberechenbar geworden. Und das nicht zuletzt deshalb, weil sich Präsident Putin keinen Gesichtsverlust leisten kann. Insofern handelt er nicht aus Stärke, sondern aus Schwäche heraus. Außenpolitik ist ein Mittel der Innenpolitik geworden. Es ist nicht auszuschließen, dass Putin seine nächsten Schritte selbst noch nicht kennt, sondern davon abhängig macht, wie der Westen reagiert. Mit der geschlossenen Haltung der EU und den schmerzhaften Wirtschaftssanktionen hatte er anscheinend nicht gerechnet. Es ist deshalb umso wichtiger, diese Geschlossenheit als ein klares Signal aufrechtzuerhalten. Außerdem müssen weiterhin alle Anstrengungen unternommen werden, um den Konflikt mit Russland diplomatisch zu lösen. Derzeit gibt es zu wenige Gesprächskanäle.

Es wäre darüber hinaus wichtig zu prüfen, welche Angebote man der russischen Gesellschaft machen kann. Sicherlich ist es schwierig, der derzeitigen Propaganda etwas Wirkungsvolles entgegenzusetzen. Ein erster wichtiger Schritt wäre zumindest, den Menschen Sachinformationen in russischer Sprache zur Verfügung zu stellen. Nicht zuletzt für die vielen Russlanddeutschen,

23 | Bundeszentrale für politische Bildung, „Dokumentation: Minsker Protokoll vom 5. September 2014“, 17.09.2014, <http://bpb.de/191799> [04.06.2015].

die nicht selten auch in Deutschland vor allem russische Medien konsumieren, wäre ein Alternativangebot in russischer Sprache einen Versuch wert. Diese Menschen sind häufig weiterhin eng mit Russland verbunden und könnten auf gesellschaftlicher Ebene eine Vermittlerrolle übernehmen. Studienmöglichkeiten, Praktika und anderweitige Aufenthalte, die dazu führen, dass sich junge Russen ein eigenes Bild vom Westen machen können, wären weitere wichtige Maßnahmen. Und vielleicht sollte doch noch einmal der Versuch unternommen werden, die Visa-Hürden für die russische Bevölkerung zu beseitigen. Eines muss auf jeden Fall ganz deutlich werden: Der Westen wendet sich gegen eine aggressive Politik Russlands und den Versuch, anderen Staaten ihre Souveränität abzusprechen. Der Westen wendet sich nicht gegen die russische Bevölkerung und nicht gegen Russland als solches. Russland ist im Gegenteil ein wichtiger Partner: Es ist in unserem Interesse, globalen Herausforderungen, wie beispielsweise dem zunehmenden islamistischen Fundamentalismus und Terror im Nahen und Mittleren Osten, mit Russland gemeinsam zu begegnen. Eine Verständigung über gemeinsame Prinzipien in der Außen- und Sicherheitspolitik ist dafür aber unverzichtbar.